

Beginn: 13:32 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 168. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt den Gästen auf der Besuchertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich **44 Abgeordnete entschuldigt**. Die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich rufe auf:

1 Abschlussbericht der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ (Enquetekommission V)

Abschlussbericht
der Enquetekommission V
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 17/16800

zu dem Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8414

Als Erstem erteile ich dem Vorsitzenden der Enquetekommission V, Herrn Abgeordneten Markus Diekhoff, das Wort zu einer mündlichen Berichterstattung. Bitte schön.

Markus Diekhoff^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass hier die außergewöhnliche Situation entsteht, dass die Aussprache über den Bericht einer Enquetekommission einen Plenartag eröffnet. Das ist gut. Denn das Thema, um das es in unserer Enquete ging, nämlich die Landwirtschaft, hat es auf jeden Fall verdient, dass es auch hier präsent behandelt wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Denn eine fortschrittliche Landwirtschaft ist die Grundlage einer modernen Gesellschaft. Die arbeitsteilige Welt, die wir heute kennen, die Forschung und Wohlstand ermöglicht, die unseren Wohlstand hier ermöglicht, basiert auf dem Rücken der Landwirte. Nur weil inzwischen relativ wenige für so viele Menschen gute und sichere Lebensmittel erzeugen, können andere Menschen beispielsweise Arzt sein, Computer entwickeln oder Kinder unterrichten, da sie sich im wahrsten Sinne des Worts nicht um ihr täglich Brot sorgen müssen.

Landwirtschaft betrifft also uns alle. In nahezu jedem Kernbereich des Lebens begegnen wir ihr: ob es sich um von uns konsumierte Lebensmittel handelt oder um die uns umgebene Landschaft, welche über Jahrhunderte hinweg von der Landwirtschaft geprägt und verändert und auch gepflegt wurde.

Landwirtschaft erfüllt mehrere gesellschaftliche Aufgaben. Zusätzlich zur Produktion unserer Nahrungsmittel kamen in den vergangenen Jahrzehnten vielfältige Aufgaben auf die Landwirtinnen und Landwirte zu. Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz und Landschaftspflege sind die am häufigsten genannten Punkte.

Nordrhein-Westfalen ist von der Landwirtschaft in besonderer Weise geprägt. Auch wenn viele Menschen mit unserem Bundesland nicht auf Anrieb Landwirtschaft verbinden, sondern Industrie, Ballungsräume und Kohlebergbau, so ist NRW doch ein wichtiger Akteur in der Agrarbranche mit vielen großen Höfen und auch international bedeutenden Unternehmen aus der gesamten Wertschöpfungskette, natürlich auch aus dem Maschinenbau.

Landwirtinnen und Landwirte sorgen zudem durch ihre Arbeit und ihr oftmals ehrenamtliches Engagement für den Erhalt und die Stärkung des ländlichen Raums und tragen zu dessen Lebendigkeit und Lebensqualität entscheidend bei.

Durch das Bevölkerungswachstum müssen mehr Menschen pro Hof ernährt werden, sodass sich landwirtschaftliche Betriebe in den vergangenen Jahrzehnten vergrößert haben und auch vergrößern mussten. Gleichzeitig mussten aber viele Landwirte auch ihre Höfe aufgeben, weil der Strukturwandel zu schnell kam und trotz aller Leistung kein ausreichender Lebensunterhalt zu erwirtschaften war und auch immer noch ist.

Auch der immer stärker voranschreitende Klimawandel mit seinen Extremwettern wie Dürre oder Starkregen machen der Landwirtschaft zu schaffen. Gesellschaftlich werden zudem die Belange des Umwelt- und Tierschutzes als immer wichtiger erachtet. Landwirtinnen und Landwirte betreiben aktiven Umwelt- und Artenschutz, jedoch werden sie trotzdem von vielen Seiten für den Verlust von Biodiversität verantwortlich gemacht.

Auch die Art und Weise unserer Ernährung wird ebenfalls zunehmend kritischer betrachtet und hinterfragt. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher interessieren sich für ihre Lebensmittel und deren Herstellung. Fragen einer bewussteren, gesünderen Ernährung rücken mehr und mehr in den Fokus. Regionale und biologisch produzierte Lebensmittel werden immer stärker nachgefragt. Ebenso wird die Herkunft der Lebensmittel thematisiert, insbesondere bei solchen tierischen Ursprungs.

In diesem Spannungsfeld stehen die meist als Familienbetriebe geführten Bauernhöfe in Nordrhein-Westfalen. Diese unterschiedlichen Anforderungen, Erwartungen und Wünsche führen zu Spannungen und Missverständnissen, und gerade deshalb kam es in den vergangenen Jahren häufiger zu Kundgebungen und Protesten seitens der Landwirtschaft, aber auch seitens der Zivilgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund und mit dem Wissen um die Herausforderungen in Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt hat sich diese Enquetekommission konstituiert. „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe. – Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gestalten, mittelständische Betriebe stärken, hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam sichern.“ Das ist die gesamte Arbeitsüberschrift und zeigt, wie breit das Spektrum war.

Als Vorsitzender war es mein Ziel, mit allen politischen Fraktionen, mit Landwirtinnen und Landwirten, mit Kammern, Verbänden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern neue Brücken zu bauen und einen fachlichen Dialog zur Lösung dieser Herausforderungen zu initiieren. Zwei Jahre haben wir Fakten gesammelt, diskutiert und gerungen. Herausgekommen sind der nun vorliegende Bericht und die im zweiten Band veröffentlichten Handlungsempfehlungen an Politik und Gesellschaft.

Zu großen Teilen hat diese Enquete über politische Grenzen hinweg einen gemeinsamen Weg entwickelt. Es bestand Einigkeit darin und der Wille dazu, Lösungen zur Schaffung von langfristigen Perspektiven für Landwirtinnen und Landwirte zu erarbeiten. Allen sachverständigen Expertinnen und Experten, Praktikerinnen und Praktikern sowie Beraterinnen und Beratern, die uns bei diesem Prozess immer wieder neue Perspektiven aufgezeigt und so zum Gelingen dieser Enquetekommission beigetragen haben, möchte ich herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Namentlich nenne ich die ständigen Sachverständigen, die immer an unserer Seite in der Enquetekommission gearbeitet haben. Das waren Dr. Helmut Born, der ehemalige Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Professor Dr. Marcus Mergenthaler, ein Professor für Agrarökonomie aus der Fachhochschule Südwestfalen, Karl Werring, Präsident der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Tillmann Buttschardt, Professor am Lehrstuhl für Angewandte Landschaftsökologie und Ökologische Planung an der WWU in Münster, und Paul Teklote, ein Tierarzt.

Danken möchte ich ebenfalls meiner Stellvertreterin Inge Blask, den Kolleginnen und Kollegen, unseren wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten

sowie der Referentin und den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihre unermüdliche Arbeit, ihre fachlichen Impulse sowie ihr großes Engagement haben maßgeblich zu dem guten Ergebnis dieser Enquetekommission beigetragen. Ich bin sicher, dass auch über die Arbeit der Enquetekommission hinaus weiterhin fair und sachlich in diesem Bereich diskutiert wird und werden kann und dass die Ergebnisse der Enquetekommission in den politischen Raum in Nordrhein-Westfalen und auch weit darüber hinaus die Strahlkraft entwickeln, welche die Arbeit der Kommission, aber vor allem auch die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte verdient.

Es war viel Arbeit, die wir uns auf diesem Weg gemacht haben. Der Bericht entstand in 30 Sitzungen der Enquetekommission, 17 Obleuterunden und 86 Referentenrunden. Das bedeutet umgerechnet ca. 600 Stunden Diskussion, die wir durchgeführt haben, um alle Punkte, die dieser Bereich hat, zusammenzuführen. Das ergibt am Ende rund 500 Seiten Zustandsbeschreibung im ersten Teil des Berichts und 165 konkreten Handlungsempfehlungen an Land, Bund und EU.

Es wurden zudem sieben schriftliche und öffentliche Anhörungen durchgeführt und hierbei auf die Expertise von 55 Sachverständigen aus Wissenschaft, Gesellschaft und Praxis zurückgegriffen. Zusätzlich wurden zur Wissensfindung noch drei große Gutachten von der Enquetekommission zu den Themenbereichen „rechtliche Aufgaben“, „Nachhaltigkeit“ und zur Digitalisierung „Landwirtschaft 4.0“ in Auftrag gegeben.

Zudem fanden Informationsfahrten statt. Leider waren es wegen Corona nicht allzu viele, aber wir haben trotzdem viele Praktikerinnen und Praktiker draußen bei Informationsfahrten ins Münsterland und am Niederrhein besucht. Auch hier möchte ich unseren Gastgebern ganz herzlich danken.

Erstmalig hat sich damit in der Bundesrepublik ein fraktionsübergreifendes Gremium so intensiv mit diesen Themen befasst. Unser Bericht fasst Potenziale in Lehre, Forschung und von zukunftsweisenden Innovationen zusammen. Insbesondere die sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen landwirtschaftlicher Betriebe wurden diskutiert. Weitere Aspekte waren multifunktionale und biologische Landwirtschaft, alternative Anbauverfahren und die Digitalisierung in der Landwirtschaft. Die Kernpunkte „Klimaschutz und nachhaltige Ressourcennutzung“, „Naturschutz und Landschaftspflege“, sowie „Tierschutz und Tierwohl“ sind elementare Bestandteile des Berichts.

Wir haben auch versucht, Zielkonflikte der Landnutzung in dem Bericht anzusprechen und aufzulösen. Da haben wir im letzten Plenum bereits als ersten Exit aus dieser Kommission die Landgesellschaften besprochen und gemeinsam fraktionsübergreifend mit der Opposition auf den Weg gebracht.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Einig wurde sich die Enquetekommission unter anderem auch in Themenbereichen der Ernährungsbildung, der Wertschöpfungsketten und Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen, der Nutztierhaltung, der bürokratischen Regelungen, des Boden- und Pachtmarktes, des Wassermanagements sowie des kooperativen Naturschutzes und der Forschung.

Als Empfehlung aus der Arbeit der Enquetekommission besonders hervorheben möchte ich folgende Punkte:

Ein Aspekt, der immer gerne vergessen wird: Wir reden überall von Fachkräftemangel. Wir reden über Nachwuchsmangel in vielen Branchen in diesem Land. Wo es immer vergessen wird, ist der Bereich der Landwirtschaft. Auch da haben wir einen massiven Fachkräftemangel. Das ist noch nicht mal richtig. Fachkräfte haben wir. Aber es gibt immer weniger, die wirklich in diesen Job hinein wollen, die heute den Mut haben, zu sagen: Ich investiere in die Übernahme des elterlichen Hofes, ich möchte das 30 Jahre lang machen. Man hat Sorge, es entweder gar nicht für diese Frist machen zu können, seine Investitionen nicht zurückzubekommen oder – und das ist ein wichtiger Punkt, der selten im Rahmen von Landwirtschaft genannt wird – es ist eine Frage der Work-Life-Balance.

Landwirtschaft ist 24/7. Sie findet immer statt. Urlaub ist schwierig. Auch sonntags werden Tiere gefüttert, haben Hunger oder werden krank. Landwirte sind immer da. Deswegen haben wir in der Enquetekommission Wege aufgezeigt, wie es landwirtschaftlichen Familien über individuelle Beratung und Hilfsangebote – Betriebshilfsdienste und anderes – möglich gemacht wird, Landwirtschaft so zu machen, dass sie in einer Work-Life-Balance bleibt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Außerdem empfiehlt die Enquetekommission, das Gelingen von inner- und außerfamiliären Generationswechseln zu unterstützen. Hier müssen Politik und Wirtschaft helfen. Wir brauchen ein positives Selbst- und Fremdbild in der Landwirtschaft. Auch das ist oft schwierig. Viele gesellschaftliche Anfeindungen gegenüber Landwirten sind schwierig und führen bei jungen Landwirtinnen und Landwirten – auch bei Kindern von Landwirten – zu einer gewissen Entfremdung und dem Gefühl, dass nicht gut ist, was sie da tun. Auch das ist ein Problem.

Die Enquetekommission empfiehlt weiterhin eine konsequente Digitalisierung in der Landwirtschafts-

verwaltung. Der Papierkrieg ist der natürliche Feind des Landwirts. Es gibt unfassbar viele Formulare. Wenn man sich da einmal eingearbeitet hat und sieht, wem man alles was berichten muss, ist das schon mehr als erstaunlich. Natürlich sind die Europäische Gemeinschaft, der Bund, die Länder, Kammern und viele Behörden beteiligt. Das Schlimmste ist, vieles wird doppelt und dreifach abgefragt. Die Digitalisierung kann an dieser Stelle ein wichtiger Baustein für die Landwirtinnen und Landwirte sein, damit diese doppelte Arbeit wegfällt.

Im Bereich des Tierwohls haben wir uns mit der Frage der Haltungsverfahren und der Emissionsminderungsmaßnahmen beschäftigt. Das hört sich nicht nur technisch an, sondern das ist auch. Im Prinzip geht es dabei aber um nichts anderes als um die Frage, wie ich mehr Tierwohl erreichen und gleichzeitig die hohen Anforderungen an die Luftqualität und anderes erfüllen kann. Die TA Luft ist ein großer Hemmschuh beim Umbau hin zu einer tiergerechteren Landwirtschaft.

Auch hier haben wir aber die Weiterentwicklung und verschiedene Technologieteile berücksichtigt bzw. empfohlen. Das soll dann zu den tierfreundlichen Offenställen führen. Dafür muss jedoch auch die Bauleitplanung angepasst werden, sodass es jedem Landwirt auf seinem Hof ermöglicht wird, die Tierhaltungsform 3 oder 4 zu erreichen. Damit das Tierwohl nach vorne zu bringen ist ein wichtiger Punkt, aber viele Landwirtinnen und Landwirte scheuen diesen Weg, weil sie Angst haben, Genehmigungen zu verlieren und ihren Betrieb komplett einstellen zu müssen.

Genauso ist es bei der Abschreibung von Ställen. Die Enquetekommission empfiehlt im Abschreibungsraum eine zwölfjährige Bestandsgarantie auf die Stalleinrichtung und eine zwanzigjährige Bestandsgarantie auf die äußere Stallhülle. Das sind wichtige Punkte, weil es bislang so ist, dass bei baulichen Änderungen der Bestand des Stalls an sich in Frage gestellt werden kann. Man könnte also sagen: Du hast etwas verändert. Damit ist die Baugenehmigung obsolet, und wir könnten das zumachen. – Das führt zu großer Sorge, und wir empfehlen diesbezüglich Gesetzesänderungen und Vorschriften, die detailliert beschreiben, wie man hier weiterkommen kann.

Die Enquetekommission empfiehlt gemeinsam mit den externen Gutachtern eine Erarbeitung eines „Big Pictures Landwirtschaft NRW 2030, 2040 und 2050“ in Form der Bildung eines Round Table mit Beteiligten aus der Landschaft, aus zivilgesellschaftlichen Gruppen, aus der Verarbeitung und aus dem Maschinenbau, um die praktische Umsetzung bestehender Zielvorgaben einer nachhaltigen Landwirtschaft zu erarbeiten. Ein solcher Round Table hört sich vielleicht erst einmal langweilig an. Von den Akteuren in der Landwirtschaft ist er aber als sehr positiv wahrgenommen worden, weil es das in dieser Form mit

der Wirtschaft und mit Technologieanbietern noch nicht gibt. Wir erhoffen uns durch das Zusammenspiel dieser Partnerinnen und Partner einige Innovationen in der Agrarkette.

Im Bereich „Tierschutz“ haben wir uns dafür eingesetzt bzw. empfehlen dringend eine Videoüberwachung in sensiblen Bereichen von Schlachtvorgängen. Auch das ist seit Jahren ein Thema.

Wir halten es für richtig, dass in so einem sensiblen Bereich wie der Schlachtung eine Videoüberwachung möglich ist, obwohl das Thema „Videoüberwachung“ für die FDP schwierig ist. Inzwischen haben wir aber so viel Videoüberwachung in öffentlichen Bereichen und anderen Teilen, dass ich glaube, dass der Tierschutz auch so ein wichtiger Bereich ist.

Wir haben uns für das Steuersystem interessiert und die Risikoausgleichsrücklage konsensualisiert. Alle Mitglieder der Enquetekommission fordern den Weg, dass man für land- und forstwirtschaftliche Betriebe steuerfreie Risikoausgleichsrücklagen bilden kann und muss. Das ist der beste Puffer für Unbill sowie für Markt-, Witterungs- und Polittrisiken, von denen die Landwirtschaft so einige hat.

Des Weiteren haben wir die innovativen Technologien in der biologischen Landwirtschaft noch einmal in den Fokus gerückt und fordern, diese stärker in die Ausbildung der Landwirte zu integrieren. Beide Seiten können hier viel voneinander lernen. Wir haben einen starken konventionellen Bereich und einen starken biologischen Bereich, und da muss ein stärkerer Dialog und vor allem auch ein gegenseitiges Lernen stattfinden.

Wir haben die Empfehlung erarbeitet, dem kooperativen Naturschutz Vorrang vor ordnungspolitischen Maßnahmen zu gewähren und ihn zu stärken; das finde ich sehr wichtig. Dazu gehört auch, das Modell von Naturschutz auf Zeit zu stärken und auszubauen. Der Naturschutz auf Zeit – das zeigt uns gerade auch die Ukraine-Krise – kann eine wichtige Sache sein, weil landwirtschaftliche Flächen ihren Status an sich nicht verlieren. Man kann dort also Naturschutz betreiben, aber sollte man diese Flächen aus irgendwelchen Gründen doch einmal brauchen, kann man sie reaktivieren und wieder einbauen.

Wichtig war uns auch – das wurde mehrfach behandelt – die Weidetierprämie zur Offenhaltung von extensiv bewirtschaftetem Grenzertragsgrünland, wie das so schön heißt. Die Empfehlung der Enquete ist, diese als sinnvoll zu erachten und zeitnah vorzunehmen.

Es gibt aber noch vieles mehr, was man umsetzen kann und aus meiner Sicht auch umsetzen muss. Als Vorsitzender dieser Enquete würde ich mich freuen, wenn der Enquetebericht in seiner Breite eine Vorlage für die politischen Entscheidungen für die kommenden Jahre nach der Wahl ist. Das Zeug dazu hat

er, denn wir haben hier die Ziele und Wege, wie wir Landwirtinnen und Landwirten, aber auch Verbraucherinnen und Verbrauchern helfen können – das Motto war ja „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“ –, überfraktionell hervorragend erarbeitet und geeint.

Meine Damen und Herren, es war mir eine Ehre, die Möglichkeit bekommen zu haben, Vorsitzender einer solchen Enquete sein zu dürfen. Ich danke Ihnen dafür. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Diekhoff. – Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Dr. Nolten das Wort.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob Bornheimer Spargel oder Stromberger Zwetschgen, ob Rübenanbau in der Börde oder Schweinemast im Münsterland – die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist vielfältig. Unterschiedliche Böden, Klimata und Siedlungsstrukturen prägen sie bis heute.

33.000 landwirtschaftliche Betriebe gestalten die Landschaften und das Land: ob münsterländische Parklandschaft, die Monschauer Heckenlandschaft oder die weiten Auen des Niederrheins. Diese Betriebe bewirtschaften mit einer großen Vielfalt an Faktorausstattungen und Strukturen sowie mit individuell sehr unterschiedlichen Zielsetzungen, Betriebskonzepten und Einkommenskombinationen 1,5 Millionen Hektar. Sie alle haben diesen guten Bericht als Zeichen unserer Wertschätzung verdient.

Das Ernährungshandwerk beschäftigt 100.000 Menschen und die Ernährungsindustrie über 150.000 Menschen – von den großen wie Tönnies, Dr. Oetker, Pfeifer & Langen, von Coppenrath & Wiese in Mettingen über die Düsseldorfer TEEKANNE zur Aachener Printen- und Schokoladenfabrik Lambertz. Der Ernährungssektor ist beschäftigungs- und umsatzstark.

Auch im vorgelagerten Bereich wird mit und an der Landwirtschaft ordentlich Geld verdient – bei AGRAVIS, Bayer CropScience, LEMKEN oder dem Branchenriesen CLAAS:

Eine exzellente Agrarfakultät an einer Exzellenzuniversität, mehrere Hochschulen, Lehr- und Forschungseinrichtungen der Landwirtschaftskammer unterstreichen als Fazit: Beste Produktionsvoraussetzungen eines leistungsstarken Agrarsektors und ein Markt mit 18 Millionen Einwohnern direkt vor der Haustüre sind Grund genug, sich mit den Chancen und Problemen des Agrarsektors auseinanderzusetzen.

Einkommensdisparität, fehlende Work-Life-Balance, situatives Einzelessen, Methan- und CO₂-Emissionen, erhöhte Nitratwerte im Grundwasser – es gibt zentrale Fragen an eine Enquete: Wie sieht die Landwirtschaft morgen aus? Was sind Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten in der Zukunft?

Die Diskussionsbereitschaft in der Enquete war mindestens genauso groß wie das Fragenbündel. Bei der Diskussionsfähigkeit gab's Unterschiede. Während der AfD-Vertreter erratisch einmal unrealistische Extrempositionen vertrat, sich ein anderes Mal der Diskussion komplett verweigerte, war unter den übrigen – bei aller Unterschiedlichkeit in Fragen der Tierhaltung – die fachliche Erörterung sehr konstruktiv und nur selten dogmatisch, so zu Urban Farming und anderen Aspekten, denen zwar die Feuilletons Rechnung tragen, die aber in der Realität nur eine begrenzte Relevanz haben.

Nur wenige der 165 Handlungsempfehlungen mussten daher streitig mit Mehrheit abgestimmt werden. Das ist ein immenser Erfolg, den ich angesichts der oftmals hochpolitischen gesellschaftlichen Diskussionen nicht für möglich gehalten habe. Dazu hat ganz erheblich die hervorragende inhaltliche Zuarbeit durch die Referentenrunde beigetragen. Ihr gebührt in ihrer Gesamtheit ein ganz herzlicher Dank, auch wenn Sie jetzt bitte verstehen, dass ich unserem Referenten Mauritz Kruse in besonderer Weise Dank sagen möchte.

(Beifall von der CDU)

Ein herzliches Dankeschön richte ich auch an die wissenschaftliche Referentin Neele Thiemann für die inhaltliche und organisatorische Führung dieser Gruppe. – Sie alle haben teilweise bei ihrer ersten beruflichen Verwendung gezeigt, dass bei guter Ausbildung, Zutrauen und Kooperationsbereitschaft die wichtigsten Bausteine für ein gelingendes Projekt auch im Verborgenen gelegt werden können.

Zum Erfolg haben ganz erheblich auch die Sachverständigen beigetragen: Karl Werring als Präsident der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen brachte immer wieder die betriebliche Praxis zur Geltung. Dr. Helmut Born trug mit seiner Erfahrung als langjähriger Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes mit seinem Verhandlungsgeschick sehr zur Strukturierung von Debatten bei, ordnete Themenaspekte den verschiedenen Handlungsebenen EU, Bund und Land zu und war als von allen anerkannter Ratgeber beim Formulieren von Kompromissen sehr hilfreich.

Als sehr anregend und bereichernd habe ich die Impulse und Diskussionen von und mit Professor Mergenthaler und Professor Buttschardt empfunden.

So ist ein Bericht und ein Set von Handlungsempfehlungen entstanden, die die kommende Wahlperiode in der inhaltlichen Diskussion im Ausschuss für

Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz prägen werden. Erste Anträge haben auch schon den Weg ins Plenum gefunden.

Das stolze Werk hätte aber keine Drucksachenummer mit einer 17 vorweg bekommen, hätte es angesichts der immensen inhaltlichen Breite des Themas nicht einen umsichtigen, souverän führenden Vorsitzenden Markus Diekhoff gegeben – Markus, à la bonne heure! –,

(Beifall von der CDU und der FDP)

unterstützt durch eine hervorragende Assistenz von Frau Isabell Rautenbach und die Herren René van Eckert und Adem Alkan.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Um ehrlich zu sein, ich hatte erheblichen Zweifel, ob ein solches Projekt unter Einbeziehung zahlreicher Anhörungen und Expertisen im knappen Zeitfenster zu realisieren sei. Sie haben es geschafft, ohne über Hast und Zeitdruck den Eindruck einer abgebrochenen Diskussion entstehen zu lassen. Chapeau!

Was sind nun aus unserer Sicht die zentralen Aussagen des Berichts der EK V? Der Bericht unterstreicht die existenzielle Bedeutung der Landwirtschaft als Teil eines wirtschaftlich und für den Arbeitsmarkt äußerst bedeutsamen Ernährungssektors in Nordrhein-Westfalen.

Er benennt die Stärken, aber auch den Anpassungsbedarf für die Landwirtschaft, deren Wirtschaftspartner und für das Verbraucherverhalten.

Er setzt für die Weiterentwicklung der Landwirtschaft sowie den Erhalt von Kulturlandschaften und Biodiversität auf aktive und eigenverantwortliche Bauernfamilien.

Er verbindet die Herausforderung einer tierwohlorientierten Nutztierhaltung mit einer Perspektive für die tierhaltenden Betriebe.

Und er verbindet Klima- und Ressourcenschutz mit praktikablen Vorschlägen für die Landwirte und die Verbraucher.

So begreift er den teilweisen Umbau der Landwirtschaft und der Wertschöpfungskette als kontinuierliche Weiterentwicklung, die soziale Brüche vermeidet und trotzdem langfristige Neuorientierung sichert.

Wie wichtig Erhalt und Entwicklung eines Produktionspotenzials an Bodentechnik und Wissen, wie wichtig in sich geschlossene regionale Wirtschaftsketten sind, zeigt uns gerade die Ukraine-Krise.

Die CDU-Fraktion hebt aus den umfänglichen Ergebnissen folgende Schwerpunkte hervor:

Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist weiterhin zur Versorgung von über 17 Millionen Verbrauchern unabdingbar. Dazu gilt es, die Leistungs-

fähigkeit der gesamten Lebensmittelkette bis zum Einzelhandel hin zu stärken und auszubauen. Alle Beteiligten werden ermutigt, die regionale Erzeugung von Nahrungsmitteln zu fördern, Lebensmittelverschwendung zurückzudrängen und die Vielfalt ökologischer wie konventioneller Produkte zu achten und zu erhalten.

Bei den eingesetzten Produktionsfaktoren bleibt der sorgsame Umgang mit den begrenzten Ressourcen Boden, bei den vielfältigen Standardfunktionen Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur bis hin zur Energieerzeugung eine gesamtgesellschaftliche, aber auch eine innerlandwirtschaftliche Aufgabe und Herausforderung.

Der Work-Life-Balance muss dringend mehr Augenmerk gewidmet werden, damit der Beruf der Landwirtin, des Landwirts attraktiv bleibt – in diesem Wettstreit, den wir heute haben, um die besten Köpfe. Landwirte brauchen beim Umgang der Nutztierhaltung wie auch beim Ressourcenschutz langfristig angelegte Unterstützung. Andererseits müssen sie bereit sein, ihre Sachkunde in diesen Handlungsfeldern zu festigen. Aus- und Fortbildung sind für die Landwirte wie für ihre Mitarbeiter wichtiger denn je.

Der neue Landesstrategieplan zur Umsetzung der GAP-Reform 2022 muss vorrangig innovative Investitionen im Stallbau unterstützen. Technischer Fortschritt – Stichworte: Digital Farming oder Landwirtschaft 4.0 – wird den Landwirten Wahlmöglichkeiten für eigene Aktivitäten im täglichen Umgang mit Boden, Wasser und Luft, mit den Nutztieren und Nutzpflanzen geben.

Landwirte brauchen dabei eigenverantwortlichen Gestaltungsspielraum mit allen Rechten und Pflichten. In allen Bereichen müssen Experimentierklauseln die starre Umsetzung von neuen Vorschriften und Gesetzen aufbrechen. Grundsätzlich muss die Digitalisierung des ländlichen Raumes so beschleunigt werden, dass die Entbürokratisierung auf den Schreibtischen der Betriebe spürbar wird.

Nur mündige Bürger können in ihren persönlichen Entscheidungen zur Ernährung zielgerichtet vorgehen. Deswegen müssen in allen Bildungseinrichtungen Ernährungsbildung und Alltagskompetenzen im Umgang mit Nahrungsmitteln einen deutlich höheren Stellenwert bekommen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Auf die Details geht gleich noch meine Kollegin Bianca Winkelmann ein.

Abschließen möchte ich mit der Feststellung, dass die Arbeit in der Enquetekommission mir große Freude bereitet hat. Dafür danke ich allen Kolleginnen und Kollegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und Norwich Rüße [GRÜNE])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Nolten. – Für die SPD spricht nun die stellvertretende Vorsitzende der Enquetekommission, Frau Abgeordnete Blask.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Jahre intensiver Arbeit liegen hinter uns: 30 Sitzungen der Enquetekommission, 600 Stunden, 86 Referentenrunden, 7 Anhörungen und ein Abschlussbericht mit insgesamt 165 Handlungsempfehlungen. Das war schon eine sehr engagierte Arbeit.

Deshalb darf ich mich zunächst im Namen der SPD-Fraktion und auch ganz persönlich herzlich bei den ganz vielen innerhalb der Enquetekommission für ihre Arbeit und ihre Unterstützung in den vergangenen zwei Jahren bedanken.

Hier ist zunächst die fraktionsübergreifende gute Zusammenarbeit zu nennen. Sie wurde hervorragend durch die Mitarbeitenden des Kommissionsreferates René van Eckert und Neele Thiemann gemanagt. Das waren die Grundvoraussetzungen für den erfolgreichen Abschluss dieser Enquetekommission in diesem engen Zeitrahmen.

Danke auch Ihnen, Herr Diekhoff, als Vorsitzendem für die sehr stringente und gute Führung dieser Kommission. Herzlichen Dank auch von der SPD-Fraktion.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE])

Die intensive Erarbeitung unserer Themen wurde durch den engagierten Einsatz unserer Referent*innen möglich. Ihnen haben wir es zu verdanken, dass uns gute Formulierungen und Kompromisse vorgelegt wurden und uns manche zusätzliche Sitzung erspart geblieben ist.

Herzlichen Dank an alle. Aber vor allem auch herzlichen Dank an unseren Referenten, Leonard Wessel.

(Beifall von der SPD)

Dank für die wissenschaftliche Expertise für unsere Arbeit an unsere Sachverständigen und Expert*innen, die sich in unseren sieben Anhörungen eingebracht haben.

Ganz besonders möchte ich mich bei unserem Sachverständigen Professor Dr. Mergenthaler bedanken. Sie haben sich immer wieder inhaltlich eingebracht und waren sehr geduldig mit uns. Es war eine rundum tolle Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

Zum Schluss geht natürlich auch ein herzlicher Dank an meine Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis. Hier möchte ich als Erstes Annette Watermann-Krass, die heute leider nicht hier sein kann, sowie Ina Spanier-Oppermann und Ernst-Wilhelm Rahe nennen. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Landwirtschaft ist ein unabdingbarer sozialer, ökonomischer und ökologischer Baustein in unserer Gesellschaft. Wir müssen uns vor Augen führen, dass sie sich ändern muss. Denn die Herausforderungen sind bekannt: die Endlichkeit unserer Ressourcen, der Klimawandel, der enorme Nährstoffeintrag und der Artenschwund. Hier muss auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten. Er wird auch gesamtgesellschaftlich eingefordert. Deshalb war es gut und richtig, das Thema „Zukunft der Landwirtschaft“ in dieser Ausführlichkeit zu behandeln.

Wir haben 165 Handlungsempfehlungen formuliert. Das ist die Arbeit dieser Enquetekommission in reine Zahlen gefasst. Es wird der Bandbreite und der Detailtiefe der Themen, mit denen wir uns auseinandergesetzt haben, nicht gerecht. Beispielhaft sind hier die Diskussionen zum Thema „kostenloses Leitungswasserangebot im Restaurant“, Handlungsempfehlung 21, oder die „Vereinheitlichung der Fleischbeschaugebühr“, Handlungsempfehlung 67, zu nennen. Bei allen teilweise doch sehr unterschiedlichen Perspektiven hat es mich sehr gefreut, dass unsere Zusammenarbeit immer auch von kollegialer Wertschätzung und konstruktivem Miteinander geprägt blieb.

Auf europäischer Ebene und auf Bundesebene haben wir mit der neuen GAP-Reform und mit dem Ergebnis der Zukunftskommission Landwirtschaft bereits einen Rahmen gesetzt. Mit dem Abschlussbericht dieser Enquetekommission haben wir nun auch einen Rahmen für die Landespolitik hier in Nordrhein-Westfalen, der auch für die anderen Länder Beispiel sein wird. Es ist ein Rahmen, auf den wir stolz sein können.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Dreiteiligkeit unserer Arbeit: Gesundes Essen, Gesunde Umwelt, Gesunde Betriebe.

Wenn wir wirklich eine nachhaltige positive Veränderung erreichen wollen, können wir das eine nicht ohne das andere denken. Wir haben in allen drei Bereichen viele Fortschritte erzielt und – und das möchte ich noch einmal betonen – in vielen Fällen inhaltliche Gemeinsamkeiten entdeckt.

Um die Neugierde auf unseren vorliegenden Bericht zu bedienen, hier einige konkrete Ausführungen dazu:

Zum Beispiel haben wir in der Handlungsempfehlung 14 aus dem Kernbereich der Gesunden Ernährung beschlossen, die Qualitätsstandards der DGE für eine ausgewogene und gesunde Ernährung als verbindliche Grundlage für öffentliche Ausschreibungen zu etablieren. Kommunen und kreiseigene Stellen sollten bei Vergabe die Regionalität und Saisonalität berücksichtigen. Zudem sollen diese Standards auch

in anderen Gemeinschaftsverpflegungen eingeführt werden.

Außerdem waren wir uns bei den Handlungsempfehlungen 32 bis 36 einig, welche allesamt die Stärkung der Ernährungsbildung in allen Bereichen betreffen. Wir können einen Umbau der Landwirtschaft nur schaffen, wenn wir die Verbraucherinnen und Verbraucher mitnehmen. Und wir können nur dann alle mitnehmen, wenn alle um die Vorteile einer gesünderen Ernährung wissen und diese auch praktisch für sie erfahrbar werden. Daher freut es mich, dass hier Einigkeit herrschte.

Auch im Bereich der Gesunden Umwelt haben wir vieles gemeinsam erreicht – insbesondere, endlich mit dem Vorurteil, dass Umweltschutz und Landwirtschaft nicht Hand in Hand gehen können, aufzuräumen. Das Gegenteil ist der Fall. Landwirtschaft leistet bereits einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Diesen Beitrag gilt es sichtbar zu machen und zu unterstützen.

Die SPD-Fraktion hat sich daher für die Empfehlung einer Gemeinwohlprämie und die Unterstützung von spezialisierten Betriebszweigen starkgemacht, die sich umfangreich dem Naturschutz widmen, wie insektenfreundlichen Mähetechniken und angepassten Bewirtschaftungsformen, wie wir es in der Handlungsempfehlung 138 ansprechen.

Das heißt auch, dass wir aufhören, Quantität über Qualität zu stellen, und gemäß Handlungsempfehlung 113 klimaschädliche Subventionen in der Landwirtschaft abschaffen.

Zu guter Letzt komme ich zum Bereich „Gesunde Betriebe“. In den letzten zehn Jahren haben wir in Deutschland 35.600 Höfe verloren. In Nordrhein-Westfalen waren es über 2.000. Ökologisch verträglich zu produzieren, kostet Zeit und Geld. Von beidem haben viele landwirtschaftliche Betriebe zu wenig. Zwischen steigenden Kosten für Dünger, Energie und Boden und gleichzeitig immer stärkeren Vorgaben geben viele Landwirte auf. Das gilt es zu verhindern.

Meine Damen und Herren, angesichts der aktuellen Krise mit dem Ukraine-Krieg brauchen wir auch hier in Nordrhein-Westfalen eine Ernährungssicherung, und dafür brauchen wir die Landwirte.

In den vergangenen Jahren haben wir immer mehr Ansprüche an die Landwirtschaft gestellt – in puncto Transparenz, Dünger, Tierwohl und Umweltschutz. Wir müssen landwirtschaftliche Betriebe aber auch in die Lage versetzen, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, ohne ihr wirtschaftliches Überleben zu gefährden.

Deswegen müssen wir die Marktmacht landwirtschaftlicher Betriebe insbesondere gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel ausweiten und sie so stärker an der Wertschöpfung beteiligen. Das heißt, dass

wir regionale Verarbeitungsstrukturen aktiv fördern und aufbauen müssen, damit Landwirte Alternativen zu Großschlachtereien und -molkereien haben.

Das heißt aber auch, dass wir Genossenschaften, Maschinenringe und andere organisatorische Zusammenschlüsse durch politische Maßnahmen zur organisatorischen Stärkung und durch finanzielle Anreize unterstützen müssen – Handlungsempfehlung 77.

Außerdem müssen wir unserer Landwirtschaft im Flächenkonflikt endlich den Rücken stärken. Ich freue mich, dass wir in der vergangenen Plenarwoche bereits den ersten Schritt zu einer gemeinnützigen Landgesellschaft gehen konnten. Wir müssen hier aber noch mehr tun – insbesondere mit Blick auf den Flächenfraß.

Landwirtschaftliche Flächen sind keine Freiflächen. Sie sind Betriebsgrundlage für landwirtschaftliche Unternehmen und Produktionsstätten für Grundnahrmittel. Deswegen brauchen sie einen wesentlich höheren Schutzstatus in der Raumordnung und -planung. Erster Schritt muss die Sanierung von Industriebrachen und die Verdichtung sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das waren nur einige Beispiele für die sehr vielen Themen und Punkte, die wir gemeinsam be- und erarbeitet haben.

Selbstverständlich gibt es auch Punkte, bei denen wir uns mehr gewünscht hätten.

Zum Beispiel sehen wir von der SPD-Fraktion Ernährung sehr klar als eine soziale Frage. Unser Essverhalten wird in der Kindheit geprägt. Kinder aus sozioökonomisch schwächeren Haushalten haben schlechteren Zugang zu gesunden Lebensmitteln. Wenn wir also wirklich eine Ernährungswende einleiten wollen, müssen wir bei unseren Kindern beginnen.

Da, wo wir eine öffentliche Verantwortung beim Essen haben – in unseren Schulen und in den Kitas –, müssen wir sie wahrnehmen. Dann kann durch ein regionales, nachhaltiges Essensangebot eine Landwirtschaft angereizt werden, die langfristig regionale und faire Lieferketten aufbauen kann. Das hat uns die Anhörung in diesem Bereich noch einmal deutlich gezeigt.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Außerdem müssen wir die Reduktion unserer Tierbestände stärker forcieren, um unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren, unser Trinkwasser zu schützen und unsere Böden zu retten. Eine klare Koppelung der Tierzahl an die Fläche ist die einzige Lösung. Unsere Position zum Bodenmarkt haben wir hier bereits mehrfach diskutiert.

Meine Damen und Herren, in der mir gegebenen Zeit kann ich nur einen winzigen Bruchteil der vielen Empfehlungen beleuchten, die wir erarbeitet haben.

Ich hoffe aber, dass Sie auch die, die heute nicht explizit angesprochen werden, durchlesen und wir sie gemeinsam umsetzen werden.

In den vergangenen Jahren haben wir als SPD-Fraktion uns für die Landwirtschaft der Zukunft als eine regionale und ökologisch verträgliche Landwirtschaft eingesetzt – eine Landwirtschaft, die gesunde Produkte für alle zugänglich macht, mit einer regionalen Wertschöpfung und kleinen verarbeitenden Strukturen auf regionaler Ebene.

Ich denke, die meisten von Ihnen teilen diese Vision, auch wenn wir an der einen oder anderen Stelle anderer Meinung über die Prioritätensetzung sind.

Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, müssen die 165 Handlungsempfehlungen umgesetzt werden, und zwar ab dem 1. Juni 2022. Denn wir haben nicht mehr viel Zeit, bis eine ökologische Kehrtwende nicht mehr möglich ist – nicht nur, weil Böden und Gewässer bereits unwiederbringlich geschädigt sind, sondern auch, weil ansonsten zu viele Höfe aufgeben müssen.

Allzu häufig ist das Schicksal von Abschlussberichten von Enquetekommissionen, dass sie im Eifer einer neuen Legislaturperiode in Vergessenheit geraten. Ich setze darauf, dass wir als SPD die nächste Landesregierung anführen und die Agrarwende aktiv gestalten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüste [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Blask. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Kollege Haupt das Wort.

Stephan Haupt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Landwirtschaft“ hat mich während meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter in den gesamten vergangenen fünf Jahren intensiv begleitet. Ich durfte sehr viele Gespräche mit den Landwirten, aber auch mit vielen Akteuren aus Handel, Verarbeitung, Naturschutz und Industrie führen.

Gerade für jemanden, der selbst aus einer von der Landwirtschaft geprägten Gegend kommt, war die Arbeit ausgesprochen hilfreich. Daher war die Arbeit als Sprecher der FDP in dieser Enquetekommission eine besondere Ehre für mich. Sie hat meinen Einblick in die Materie – wie ich gerade gehört habe, wohl auch den von allen Beteiligten – bereichert und vertieft.

Dafür, dass das so war, gilt mein besonderer Dank unseren Referenten und Referentinnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Lisa Zimmermann und Frederic Ferber haben mich in zahllosen Sitzungen begleitet und haben selber in, soweit ich weiß, manchmal bis zu sieben Stunden langen Referentenrunden unsere Sitzungen vorbereitet. Mein Dank gilt außerdem unserem Sachverständigen Karl Werring.

Was mir bei all den Gesprächen mit den Landwirtinnen und Landwirten immer wieder begegnete, war eine gewisse Grundfrustration über die mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit, die geringe Akzeptanz der Arbeit der Landwirtschaft in der Gesellschaft sowie das grundsätzliche Misstrauen und teils doch sehr negative Bild, mit dem den Landwirten begegnet wird.

Die Infragestellung der Kompetenz von Landwirten durch Behörden, Interessengruppen und Politik ist fatal, da der sachorientierte Dialog so nicht funktionieren kann. In anderen Politikfeldern ist eine solche Art der Skepsis gegenüber hoch ausgebildeten und spezialisierten Fachleuten auch kaum zu finden.

Hinzu kommt – da müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen – die mangelnde Verlässlichkeit von politischen Rahmenbedingungen. Durch immer neue politische Vorgaben wird die Planbarkeit von Investitionen in der Landwirtschaft erschwert.

Die Einsetzung dieser Enquetekommission war daher absolut notwendig und der richtige Weg, damit wir als Demokraten einen parteiübergreifenden Konsens für Lösungsvorschläge zu den vielfältigen Problemen der Landwirtschaft finden.

Der Erfolg des Bemühens – das ist auch schon erwähnt worden; wir haben es sehr gut hinbekommen, denke ich – zeigt sich nun in 165 Handlungsempfehlungen. Dies ist das Verdienst aller Beteiligten, welche oftmals hart in der Sache, aber immer im Konsens und lösungsorientiert diskutiert haben. Insofern geht hier noch einmal ein Dank an alle Mitglieder der Enquetekommission – auch an die der anderen Parteien –, die mit uns diese Lösungsansätze erarbeitet haben.

(Beifall von der FDP und Norwich Rübe [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich möchte an dieser Stelle einige Punkte aufgreifen, die mir besonders am Herzen liegen. Grundsätzlich bedarf es der Stärkung des ländlichen Raums, was damit anfängt, dass wir dort erst einmal eine angemessene Infrastruktur für moderne Lebens- und Arbeitsverhältnisse haben und damit auch für die Landwirtschaft vorhalten. Dazu gehört auch die flächendeckende Versorgung mit moderner Infrastruktur wie Glasfasertechnologie und 5G-Mobilfunktechnologie. Das muss mit großem Nachdruck vorangetrieben werden, wie sich in der Enquetekommission deutlich gezeigt hat.

Allen konventionell wie auch biologisch wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betrieben muss der ungehinderte Zugang zu schnellem Internet ermöglicht werden, damit sie ihre Betriebsabläufe leistungsfähig gestalten können, damit die Einhaltung von Dokumentations-, Qualitäts- und Umweltstandards ermöglicht wird, damit mehr Tierwohl möglich ist und damit die Kommunikation in der gesamten Wertschöpfungskette, die bei Nahrungsmitteln erforderlich ist, funktionieren kann. Für all dies sind digitale Lösungen erforderlich.

(Beifall von der FDP)

Der Breitbandausbau stellt letztlich sicher, dass gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und im urbanen Raum erreicht werden können. Ja, das ist das klare Bekenntnis: Wir brauchen 5G an jeder Milchkanne.

Eine gesellschaftlich eingebettete Landwirtschaft bedarf der Akzeptanz und Anerkennung durch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Produkte und Arbeitsweisen unserer Landwirtschaft müssen wieder wertgeschätzt werden. Sie müssen auch erst einmal bekannt sein.

Daher war es mir als Verbraucherschutzpolitikerin Sprecher meiner Fraktion sehr wichtig, dass wir die Aspekte der Verbraucherbildung, der Kompetenzstärkung und der Transparenz im Bereich der Ernährung mit umfassenden Handlungsempfehlungen im Blick haben und ins Blickfeld gerückt haben. Denn nur das Wissen über die Landwirtschaft, deren Produkte und deren Produktionsmethoden bewahrt vor Vorurteilen und einer Entfremdung.

Schon in den Kindergärten und Schulen muss Bildungsarbeit hinsichtlich gesunder Ernährung und Wertschätzung der landwirtschaftlichen Grunderzeugnisse beginnen. Der Entfremdung zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern müssen wir so entgegenwirken.

Die Landwirte sind heute in der Wahrnehmung vieler leider Gottes zu anonymen Produzenten von abgepackten Supermarkterzeugnissen geworden. Der früher selbstverständliche direkte Austausch mit den Landwirten ist bedauerlicherweise verschwunden. Daher haben wir in der Enquetekommission empfohlen, die Direkt- und Regionalvermarktung wieder zu stärken.

Landwirtschaftliche Betriebe sollen bei Aufbau und Ausbau der zeit- und personalaufwendigen Regionalvermarktung unterstützt werden. Dadurch können Wertschöpfungsanteile zurückgeholt und das Verständnis zwischen Verbrauchern und Landwirten wieder zusammengeführt werden. Wenn zudem auch noch die digitalisierte Form des Direktabsatzes der Landwirtinnen und Landwirte vorangebracht werden kann, dann hätten wir schon wirklich sehr viel erreicht.

Wir haben zusammen 165 Handlungsempfehlungen erarbeitet, um der Landwirtschaft zu helfen und sicherzustellen, dass sie zukünftig wieder von einer breiten gesellschaftlichen Schicht getragen wird. Nun gilt es, daraus etwas zu machen und vom Reden und Diskutieren ins Umsetzen und Handeln zu kommen.

Mein Wunsch wäre, dass uns das in ähnlicher Weise gelingt wie der Enquetekommission zur Zukunft des Handwerks, die Kollege Bombis damals geleitet hat. Diese Enquetekommission konnte vor Kurzem feiern, dass alle ihre Handlungsempfehlungen abgearbeitet wurden. Das wünsche ich mir in naher Zukunft auch für unsere Enquetekommission und deren Handlungsempfehlungen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Unsere Landwirte haben es verdient, dass wir ihr Bemühen, uns tagtäglich mit gesunden und wertvollen Lebensmitteln zu versorgen, wieder wertschätzen und zu einer neuen Gemeinsamkeit von Landwirtschaft, Politik und Gesellschaft zurückkommen. Ich glaube, dass diese Enquete ein guter Anfang dazu war. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Haupt. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Rüße das Wort.

Norwich Rüße¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist schon eine Menge zu dem Thema gesagt worden. Immer dann, wenn man etwas sehr einstimmig miteinander bespricht, kann es auch fast ein bisschen langweilig werden. Es fällt mir somit einigermaßen schwer, an dieser Stelle wieder Spannung aufzubauen.

Andererseits hat mich das aber auch sehr gefreut. Der Kollege Ralf Nolten hat gerade gesagt, dass er nicht erwartet hat, dass wir am Ende einen Bericht so konsensual erstellen. Ich habe das auch nicht erwartet.

Daher möchte ich mich als Allererstes bei all denen bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir, obwohl wir miteinander in der Sache durchaus auch gestritten und viel diskutiert haben, am Ende eigentlich immer einen Weg gefunden haben, das Ganze dennoch zusammenzubinden und zu sagen: Lasst uns alle noch kleine Zugeständnisse machen. Eigentlich wollen wir doch im Kern dasselbe. In Wirklichkeit liegen wir ja gar nicht so weit auseinander.

Für mich ist der eigentliche Gewinn dieser Enquetekommission, dass wir bei diesem sehr emotionalen Thema – ich mache bei den emotionalen Dis-

kussionen immer gerne mit; denn es ist ein wichtiges politisches Thema – trotzdem miteinander gesagt haben: Wir wissen, wie die Richtung sein muss. Wir haben eine Vorstellung davon, wohin wir mit unserer Landwirtschaft und unserer Ernährung kommen wollen. Den Weg dahin wollen wir perspektivisch auch gemeinsam beschreiten.

Es ist gut, dass es hier im Landtag vier Fraktionen gibt, die auch bereit sind, nach dem 15. Mai die Ergebnisse der Enquetekommission umzusetzen. Vielleicht gilt das nicht für jede einzelne Fraktion bei jedem einzelnen Punkt; wir alle gewichten unterschiedlich. Aber ich glaube schon, dass wir an vielen Punkten sehr viel Übereinstimmung hatten. Das ist ein absoluter Gewinn.

Wir haben das Thema sehr ernst genommen. Auch mit der Auswahl der Sachverständigen haben wir einen wirklich guten Griff getan. Durch sie ist viel Sachverstand aus sehr unterschiedlichen Richtungen eingebracht worden. Ich meine, das hat uns allen gut getan. Jeder konnte sich vor Augen führen, dass es auch etwas anders gesehen werden kann, als man es selbst sieht.

So entwickelt man auch ein Verständnis dafür, wie unterschiedlich man Landwirtschaft betrachten kann. Als Landschaftsökologe wie unser Sachverständiger, Herr Professor Buttschardt, hat man eben einen anderen Blick als als ehemaliger Bauernpräsident wie Herr Born, der eine etwas andere Sichtweise eingebracht hat. Trotzdem hat es am Ende immer einen guten Kompromiss gegeben.

Wenn wir diesen Bericht in den kommenden Jahren nach und nach umsetzen, werden wir dadurch auch in der Lage sein, hier in Nordrhein-Westfalen eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu entwickeln.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Was ebenfalls schon von dem einen oder der anderen hier angesprochen wurde, ist die Frage stabiler Versorgungsketten vor Ort und in der Region. In den vergangenen Wochen ist uns sehr deutlich vor Augen geführt worden, welchen Wert es hat, sich zu großen Teilen selbst ernähren zu können.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir alle können sicherlich mal ein Jahr lang auf Kaffee verzichten. Das würden wir schaffen – ich zumindest.

(Henning Höne [FDP]: Herausforderung der Grünen! – Heiterkeit)

Was wir aber nicht schaffen, ist, ein Jahr lang ohne Kartoffeln, Nudeln, Reis oder Brot auszukommen. Bei diesen Grundnahrungsmitteln sind wir in der Pflicht, auch in Zukunft eine gesicherte Versorgung herzustellen. Das muss ganz klar sein. Dafür brau-

chen wir eine starke heimische Lebensmittelproduktion.

Ich will an dieser Stelle aber auch sagen, dass diese Krise, der Ukraine-Krieg, sich gleichzeitig mit anderen Krisen abspielt. Die Krise der Artenvielfalt und die Klimakrise sind deshalb ja nicht beendet. Es ist ebenfalls ein Wert dieser Enquetekommission, dass wir dies auch so festgestellt haben und sagen: Wir tragen das als gemeinsame Basis.

Wie auch immer jeder Einzelne kurzfristige Ereignisse bewertet – das werden wir in der Aktuellen Stunde sehen –: Wir werden dafür eintreten, dass wir diese anderen Krisen weiterhin im Blick haben und lösen müssen. Ich habe im Plenum schon oft über den Verlust der Artenvielfalt gesprochen und verdeutlicht, welche Dynamik und welches Ausmaß das angenommen hat. Es ist auch unsere zukünftige Aufgabe, dies so aufzulösen, dass Landwirtschaft in Zukunft einen Beitrag zur Artenvielfalt leisten kann und nicht in Konkurrenz zu Natur und Artenvielfalt steht.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Das hinzubekommen, ist ein Ausbalancieren der landwirtschaftlichen Produktion, auch in ihrer Intensität, bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf Umwelt und Natur. Darum geht es. Es geht darum, wieder zu einem möglichst großen Gleichgewicht zu kommen.

Wenn wir das in den nächsten Jahren hinbekommen – ich finde, dass diese Enquetekommission mit ihren Handlungsempfehlungen viele Hinweise geliefert hat –, dann sind wir einen großen Schritt weiter.

So wird außerdem die Frage bezüglich der Wertschätzung gelöst, welche die Bäuerinnen und Bauern erwarten. Sie wurde schon ein paarmal angesprochen. Wertschätzung äußert sich in zwei Dingen, denke ich.

Erstens muss ich für das, was ich tue, anständig bezahlt werden. Das ist das A und O. Wenn ich für meine Produkte nicht ordentlich bezahlt werde, fühle ich mich nicht wertgeschätzt. In einer Marktwirtschaft und im Kapitalismus ist das einfach so. Das ist auch zu Recht so. Wenn ich für einen erzeugten Liter Milch nur 25 Cent bekomme, passt das vorne und hinten nicht. In unseren Handlungsempfehlungen finden sich einige Vorschläge dazu, wie wir es über regionale Vermarktung erreichen wollen, höhere Preise umzusetzen.

Zweitens. Wenn wir es hinbekommen, dieses Gleichgewicht herzustellen, wird auch die Wertschätzung größer werden. Denn damit wird das Dilemma „Landwirtschaft gegen Naturschutz“ aufgebrochen. Auch dann kommen wir einen großen Schritt weiter.

Viele Punkte, die wir in den nächsten Monaten und Jahren umzusetzen haben, sind von meinen Vorrednern und meiner Vorrednerin angesprochen worden.

Für uns Grüne sind Ernährung, Ernährungspolitik und regionale Vermarktung ganz wichtige Fragen. Hier geht es auch darum, in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Kitas einen Fuß in die Tür zu bekommen.

Herr Haupt, Sie haben eben sehr schön die Anonymität des Lebensmittelmarkts beschrieben, die zu Entfremdung führt. Dies ein Stück weit zurückzudrehen und die Verbindung von uns Verbraucherinnen und Verbrauchern zu dem, wo es ursprünglich herkommt, wiederherzustellen, ist ein Wert an sich. Weil das wichtig ist, werde ich es auch zukünftig in meine Reden aufnehmen.

Ich glaube, dass regionale Vermarktung und Ernährung in Kitas, Mensen usw. vor allem für die Natur gut sind, weil wir dann eine sehr vielfältige Produktion in den Regionen haben. Dieser Aspekt ist außerdem gut, weil er Landwirtschaft und Gesellschaft deutlich näher zueinander bringt.

Wir haben so viele Handlungsempfehlungen erarbeitet, ob zu den Schlachthöfen oder zu dem Umbau von Ställen. Diese Frage beschäftigt uns ja auch: Wie kann das so ablaufen, dass es nicht noch zu zusätzlichen Umweltbelastungen kommt, sondern dass der Umbau so funktioniert, dass tatsächlich alle zufriedengestellt werden können und nicht gleich der nächste Streit ausgelöst wird?

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Zum Schluss möchte ich mich noch bei allen bedanken. Mir hat diese Enquetekommission sehr viel Spaß gemacht. Herr Dr. Nolten, Sie sitzen mir gegenüber. Aber ich möchte auch Frau Watermann-Krass erwähnen, für die es mir wirklich leidtut, dass sie heute nicht dabei sein kann. Ich finde, dass wir eine gute und schöne Arbeit gemacht haben,

(Das Ende der Redezeit wird erneut signalisiert.)

die uns allen Spaß gemacht hat. Vielen Dank dafür. Dann geht es jetzt ans gemeinsame Umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rüsse. – Als Nächstes hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Keith das Wort.

Andreas Keith* (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ukraine-Krieg veranschaulicht wie durch ein Brennglas, in welchem Ausmaß Ihre Parteien die deutsche Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten vernachlässigt haben. Jetzt, da es zu spät ist, tönen Sie alle: Deutsch-

land muss energieunabhängig sein. Deutschland muss sich selbst ernähren können.

Im Gegensatz zu Ihnen allen hat die AfD das schon immer verlangt.

(Lachen und Widerspruch von der SPD – Norwich Rüße [GRÜNE]: Sie waren so wenig konstruktiv!)

Sie aber haben die Energieversorgung und die Landwirtschaft für Ihre jeweiligen ideologischen Experimente missbraucht.

(Beifall von der AfD)

Schon lange vor Corona und vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine waren das enorme Kostentreiber. Leider zeugt auch der Bericht der Enquete-Kommission zur Gesunden Ernährung von Ihrer ideologischen Verblendung.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Dabei wollte sich die FDP mit der Enquetekommission so gerne als Freund der Landwirte inszenieren und ist doch am Ende vor der weltfremden grünen Agrarideologie eingeknickt. Denn fast alle kritischen Aspekte und Gegenpositionen zum ökoideologischen Mainstream wurden aus dem Enquetebericht gestrichen. Es wurde nicht anerkannt, dass gerade die politische Neigung zur Überregulierung – übrigens ein Kardinalfehler gegenwärtiger Politik – zentrale Probleme unserer Landwirtschaft erst hervorgebracht hat. Obwohl wir als AfD-Fraktion die Problemdarstellung der Kommission mit Ausnahme des Klimaschutzpostulates nahezu komplett teilen, lehnen wir die von allen anderen Parteien vorgeschlagenen falschen Lösungsansätze ab.

König Friedrich II von Preußen sagte einst – Zitat –:

„Die Landwirtschaft ist die erste aller Künste; ohne sie gäbe es keine Kaufleute, Dichter und Philosophen; nur das ist wahrer Reichtum, was die Erde hervorbringt.“

Zu Zeiten des alten Fritz wusste man den Bauernstand eben noch zu schätzen und auf seine Kompetenz zu bauen.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Ich wäre mal vorsichtig mit dieser Aussage! – Angela Lück [SPD]: Genau!)

Aus der Erfahrung der Generationen erwuchs ein Expertenwissen, von dem wir bis heute profitieren.

Heute ist es jedoch in bestimmten Kreisen üblich – auch hier im Haus –, die Bauern nicht nur zu gängeln, sondern fast schon zu verachten. Es wird in Ställe eingebrochen, es werden Zäune niedergerissen, Häuserfassaden beschmiert und Landwirte bedroht. Ihnen wird vorgeworfen, Ressourcen zu verbrauchen sowie Umwelt und Klima zu schaden. Dies ist auch die Grundaussage des Enqueteberichtes, um die

sich in der Folge die meisten Lösungsansätze drehen.

(Widerspruch von der SPD)

Die bisherigen gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft werden von uns völlig unzureichend anerkannt. Unsere Bäuerinnen und Bäuerinnen arbeiten Tag für Tag bei jedem Wetter fleißig und ehrlich, damit wir genug Essen auf dem Tisch haben. Dafür gebührt ihnen nicht nur unsere Anerkennung und unser Respekt, sondern auch ein auskömmliches Einkommen und unsere Wertschätzung.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Leider liegt der Fokus der Debatte fast ausschließlich auf sogenannten Ökoleistungen, die allerdings wegen der Beliebigkeit der Parameter kaum quantifizierbar sind.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Die Konsequenzen grüner Agrarpolitik auf die Landwirtschaft sind hingegen durchaus quantifizierbar. Das Gutachten des Instituts für Agrarökonomie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat deutlich gezeigt, dass grüne Agrarpolitik den Erwerb um bis zu 20 % verringert, Preise in die Höhe treibt, uns von Importen abhängig macht und die Qualität von Lebensmitteln mindert. So führe eine Verringerung der Stickstoffdüngung um 20 % zu einem niedrigeren Proteingehalt im Weizen. Aus Backweizen werde minderwertiger Futterweizen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Was für ein Gesabbel!)

Es ist schon bedauerlich, dass dies erst durch ein Gutachten gezeigt werden muss. Wir hätten auch einfach nur auf den gesunden Menschenverstand und die Erfahrung der Landwirte bauen können.

(Angela Lück [SPD]: Unerträglich! – Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Immer!)

Die sagen uns auch, dass sie durch die zunehmende Spekulation mit Agrarflächen durch internationale Großkonzerne

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Wo denn?)

und nicht zuletzt wegen des generellen Wettbewerbsdrucks im globalisierten Markt vor enormen Herausforderungen stehen und sich dabei von der Politik alleingelassen fühlen. Sie sagen uns auch, dass die verpflichtenden Quoten für Ökoackerland und die Verbotsdebatte um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln viele Bauern in den Ruin treiben.

Ein weiterer Grund für unsere Ablehnung ist, dass Ihre Lösungsansätze letztendlich die Abhängigkeit

der Betriebe von der Politik noch mehr fördern. Nach Auffassung der AfD ist eine generelle Verringerung der Abhängigkeit der Landwirtschaft von staatlichen Hilfen nicht hinreichend geprüft worden. Wir meinen: Landwirte wollen und sollen grundsätzlich von dem leben können, was sie selbst erwirtschaften. Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in der Region am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht zu produzieren.

(Beifall von der AfD)

Stattdessen gibt es heute kaum noch einen Betrieb, der ohne staatliche Subventionen überleben kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie die bürokratische Überreglementierung Schritt für Schritt zurückgefahren werden.

Die AfD hat seit ihrer Gründung die Ernährungssicherheit der Bevölkerung sowie eine selbstständige, eigenverantwortliche Landwirtschaft in ihrem Programm verankert und seit ihrem Einzug in die Parlamente zu einem ihrer wichtigsten Anliegen gemacht. Um diese Sicherheit zu gewährleisten, braucht es eine faktenbasierte und verantwortungsbewusste Agrarpolitik, die den Landwirten jene Sicherheit, Stabilität, Zukunftsperspektive bietet und jene Wertschätzung entgegenbringt, die sie verdienen.

Ein altes Sprichwort sagt:

„Bauernstand ist Ehrenstand, erhält die Stadt, erhält das Land. Er ist der Pionier der Zeit und bleibt es bis in Ewigkeit.“

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Hören Sie also auf, die Landwirtschaft und damit unser aller Existenzgrundlage weiterhin sehenden Auges zu ruinieren.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oha!)

Aus diesen Gründen lehnen wir als AfD-Fraktion den Bericht der Enquetekommission ab. Dem interessierten Leser empfehlen wir unsere Sondervoten zum Bericht. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keith. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Kollegin Winkelmann das Wort.

Bianca Winkelmann (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich mich meinen Vorrednern anschließen, fast allen, außer dem letzten Vorredner, und Danke sagen für die konstruktive Zusammenarbeit in dieser

Enquete. Mit diesem Papier haben wir etwas wirklich Gutes geschaffen, auf das sich aufbauen lässt.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen zur Arbeit der Enquetekommission auf den Bereich der Gesunden Ernährung beziehen – für jeden Bürger, für jede Bürgerin in Nordrhein-Westfalen ein zentrales, ein lebenswichtiges Thema.

In den Handlungsempfehlungen haben wir „Soziale und Nachhaltige Lebensmittelversorgung“, „Transparenz im Ernährungssystem“ und „Ernährungsbildung“ aufgeführt.

Lassen Sie mich mit dem wichtigen Thema der „Ernährungsbildung“ beginnen. Die wesentliche Frage lautet: Wie ernähre ich mich gesund und ausgewogen, und woher kommen eigentlich meine Nahrungsmittel?

Unsere Forderung als CDU bei dem Thema ist klar: Wir möchten die Ernährungsbildung am liebsten noch stärker in die Arbeit in den Kindergärten einbinden als bisher. Viel gute Aufklärungsarbeit wird hier seit vielen Jahren von den Landfrauenverbänden geleistet. Diese bieten den Ernährungsführerschein schon lange an und sorgen für einen realen Bezug zu unseren Lebensmitteln. Und dafür an dieser Stelle einfach mal ein herzliches Dankeschön an die vielen Ehrenamtlichen in den Grundschulen von Nordrhein-Westfalen.

Ein herzliches Dankeschön auch an Margret Voßeler, unsere Kollegin, die nach dieser Wahlperiode ausscheidet, die in dieser Woche ihre letzte Plenarwoche hat, der es nicht nur als Präsidentin der Rheinischen Landfrauen, sondern auch als langjährige Abgeordnete immer eine Herzensangelegenheit, ein ganz wichtiges Thema war.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gemeinsam mit der FDP haben wir im Rahmen der Haushaltsberatung 2022 500.000 Euro für den Bau von Hochbeeten bzw. für die Anlage von Schulgärten bereitgestellt. Getreu dem Motto: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“, möchten wir Kitas und Grundschulen die Möglichkeit geben, in einem überschaubaren Raum Kindern zu zeigen, wie lange es dauert und wie viel Mühe es macht, beispielsweise Möhren selbst anzubauen.

Wenn nicht jedes Schulgelände oder jeder Kindergarten genug Platz für einen Schulgarten bietet, dann ist auch ein Hochbeet eine gute Möglichkeit, unseren Jüngsten mit diesem speziellen Förderprogramm zu ermöglichen, einen anderen Bezug zur Produktion von Lebensmitteln zu bekommen.

Die Transparenz im Ernährungssystem beschäftigt uns in vielen politischen Runden seit Langem. Es gibt verschiedene Ansätze, die es weiterzuentwickeln gilt. Ich denke an die Nährwertampel, die genauere Definition des Begriffs der Regionalität, natürlich die

Haltungskennzeichnung oder auch die verpflichtende Kennzeichnung von Verarbeitungshilfsstoffen auf EU-Ebene. Die Mitglieder der Enquetekommission sehen hier viele Ansätze; manches ist schon auf einem guten Weg, anderes ist noch ausbaufähig.

Zum Schluss komme ich zu einem Thema, das mir persönlich sehr am Herzen liegt und das aktueller ist denn je: Wie kann es uns gelingen, die Verschwendung von Lebensmitteln einzudämmen?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

– Danke schön.

Laut der WWF-Studie „Das große Wegschmeißen“ landen über 18 Millionen Tonnen an Lebensmitteln pro Jahr in Deutschland in der Tonne. Dies entspricht fast einem Drittel des aktuellen Nahrungsmittelverbrauchs von 54,5 Millionen Tonnen.

Die Enquetekommission empfiehlt – ich zitiere kurz aus den Handlungsempfehlungen –, gezielte Verbraucheraufklärung zum Mindesthaltbarkeitsdatum zu leisten und eine Aufklärungskampagne zum Thema „Lebensmittelverschwendung“ durch das Land zu finanzieren. Beispielsweise sollte der Aktion „MehrWertKonsum“ der Verbraucherzentrale NRW mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Vor allem darf das Mindesthaltbarkeitsdatum nicht mehr als Datum für Genussuntauglichkeit fehlinterpretiert werden. Ganz wichtig ist, den Zugang zu abgelaufenen Lebensmitteln für Verbraucherinnen und Verbraucher zu vereinfachen und bestehende Haftungsrisiken des Lebensmitteleinzelhandels zu überprüfen. Denn es gehört längst nicht alles in die Tonne, was eben in dieser noch landet. Ich habe gerade gehört, die Kollegen sehen das ähnlich. Da freue ich mich, denn das zeigt, dass wir gemeinsam fest davon überzeugt sind, dass es gerade in diesem Bereich noch viel zu tun gibt.

Packen wir es also gemeinsam an, denn unsere Lebensmittel sind Mittel zum Leben, und die benötigen wir alle, jeden Tag aufs Neue. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Winkelmann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann sind wir am Schluss der Aussprache. Ich stelle damit fest, dass der Landtag den Abschlussbericht der Enquetekommission V Drucksache 17/16800 zur Kenntnis genommen hat.

Im Namen des Hohen Hauses darf ich allen Mitgliedern der Enquetekommission sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte und umfangreiche Arbeit herzlich danken. Ich bin sicher: Sie

haben mit Ihrem Bericht einen bedeutsamen Beitrag für zukünftige Entscheidungen auch dieses Parlaments geliefert. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ich leite über zu:

2 Gesetz über die Beauftragte oder den Beauftragten für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16383

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 17/16931

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Kollegin Erwin das Wort.

Angela Erwin (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Opfer einer Straf- oder Gewalttat zu werden, gehört zu den schlimmsten Erfahrungen eines Menschen. Daher war und ist es unsere oberste Priorität, den Opfern bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Mit der Beauftragten für den Opferschutz, Frau Generalstaatsanwältin a. D. Auchter-Mainz, und ihrem Team ist uns bereits vor einiger Zeit ein Meilenstein in Sachen Opferschutz gelungen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, Frau Auchter-Mainz und ihrem Team einen großen Dank auszusprechen. Sie leisten eine hervorragende Arbeit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Seit dem 1. Dezember 2017 hat sie die Arbeit aufgenommen, und mehr als 1.800 Betroffene haben telefonisch, elektronisch, schriftlich oder persönlich die Möglichkeit genutzt, sich schnell und auch unkompliziert den Weg in das Hilfesystem weisen zu lassen. Wir haben zudem eine breit angelegte Kampagne für die psychosoziale Prozessbegleitung in Strafverfahren auf den Weg gebracht, und wir haben ein Opferschutzportal installiert, das alle Hilfsangebote in Nordrhein-Westfalen bündelt.

Kurz gesagt: Wir haben schon viel geschafft, aber wir werden nicht nachlassen, auch zukünftig alles für die Unterstützung der Opfer zu tun. Denn für uns geht Opferschutz immer vor Täterschutz.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)